Landsmannschaft der Deutschen aus Russland
Orts- und Kreisgruppe Landshut

85 Jahre Deportation

Gedenken an das Schicksal der Deutschen in der Sowjetunion

Ende August erinnerten Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Kirche und Landsmannschaft gemeinsam mit zahlreichen Gästen am Mahnmal im Regensburger Stadtpark an die Opfer der stalinistischen Deportationen, der Zwangsarbeit und der jahrzehntelangen Entrechtung.

Anlass	Gedenkveranstaltung zum 85. Jahrestag der Deportation
Termin und Ort	29. August 2026, Gedenkstein im Regensburger Stadtpark
Redaktion	Alexey Istratov, Orts- und Kreisgruppe Landshut

Vor fünf Jahren entstand in einem ruhigen Teil des Regensburger Stadtparks ein Mahnmal, das an das schwere Schicksal der Deutschen in der Sowjetunion erinnert. Seitdem ist dieser Ort Ende August zu einem wichtigen Treffpunkt geworden. Menschen kommen hier zusammen, um innezuhalten, Blumen niederzulegen und der Opfer der stalinistischen Repressionen zu gedenken.

Dass es diesen Erinnerungsort heute gibt, ist vor allem der Initiative und dem großen persönlichen Engagement von Valentina Wudtke, Vorsitzende der Landesgruppe Bayern der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V., zu verdanken. Sie brachte die Idee auf den Weg und setzte sich mit großer Beharrlichkeit für ihre Verwirklichung ein. Geschaffen wurde das Mahnmal vom Steinmetz Wilhelm Justus.

Unaufdringlich fügt sich der Gedenkstein in die ruhige Umgebung des Stadtparks ein. Gerade darin liegt seine besondere Wirkung: Er lädt zum Verweilen und Nachdenken ein und erinnert an Ereignisse, die das Leben Hunderttausender deutscher Familien in der Sowjetunion für immer veränderten.

Ein weitgehend unbekanntes Kapitel deutscher Geschichte

Auch 85 Jahre nach den Ereignissen wissen noch immer vergleichsweise wenige Menschen in Deutschland, was mit den Deutschen in der Sowjetunion während und nach dem Zweiten Weltkrieg geschah. Ebenso wenig bekannt sind oftmals die historischen Gründe, weshalb Deutsche aus der ehemaligen Sowjetunion als Aussiedler und Spätaussiedler in Deutschland Aufnahme fanden und bis heute finden.

Auf diese Erinnerungslücke gingen auch die Ehrengäste der diesjährigen Gedenkveranstaltung ein.

Unter ihnen waren Stephan Mayer MdB, Präsident des Bundes der Vertriebenen e.V., der Regensburger Oberbürgermeister Dr. Thomas Burger sowie Dr. Petra Loibl MdL, Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene. An der Gedenkveranstaltung nahm außerdem Manuel Depperschmidt, Mitglied des Bundesvorstandes der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V. teil. Unter den Gästen befanden sich auch Vertreterinnen und Vertreter der LmDR Orts- und Kreisgruppe Landshut. Ebenso begleitete Dekan Jörg Breu, Evangelisches Donaudekanat Regensburg das gemeinsame Gedenken.

Die Anwesenheit von Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Kirche und Gesellschaft unterstrich, dass die Erinnerung an Deportation und Verfolgung nicht allein eine Angelegenheit der unmittelbar betroffenen Familien ist. Sie gehört zur deutschen und europäischen Erinnerungskultur.

Der 28. August 1941 – ein Schicksalstag

Der 28. August 1941 ist tief im kollektiven Gedächtnis der Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion verankert.

Nach dem Überfall des nationalsozialistischen Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 geriet die deutsche Minderheit in der UdSSR unter einen immer stärkeren Generalverdacht. Unabhängig von ihrer persönlichen Haltung wurden Menschen allein aufgrund ihrer deutschen Herkunft als potenziell „unzuverlässig“ betrachtet.

Wie entschlossen die sowjetische Führung dabei vorging, zeigt ein Dokument vom 3. August 1941. In einem Bericht der Führung der sowjetischen Südfront wurde die deutsche Bevölkerung in den frontnahen Gebieten pauschal der Unterstützung der vorrückenden deutschen Truppen verdächtigt. Stalin versah das Dokument mit der handschriftlichen Anweisung: „Надо выселить с треском.“ Sinngemäß: „Man muss sie mit aller Härte aussiedeln.“

Nur wenige Wochen später folgte der entscheidende Schritt. Am 28. August 1941 erließ das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR den Erlass „Über die Umsiedlung der Deutschen, die in den Wolgarayons leben“. Unterzeichnet wurde er vom Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets, Michail Kalinin.

In dem Erlass wurde behauptet, unter der deutschen Bevölkerung an der Wolga befänden sich „Tausende und Abertausende Diversanten und Spione“, die auf ein Signal aus Deutschland Anschläge verüben würden. Für diese schwerwiegenden pauschalen Anschuldigungen gegen eine ganze Bevölkerungsgruppe gab es keine Beweise. Dennoch bildeten sie die Grundlage für eine kollektive Bestrafung, die das Leben der Deutschen in der Sowjetunion grundlegend verändern sollte.

Hunderttausende verlieren ihre Heimat

Die Autonome Sozialistische Sowjetrepublik der Wolgadeutschen wurde aufgelöst. Die jahrzehntelang gewachsenen deutschen Siedlungsstrukturen wurden innerhalb kürzester Zeit zerschlagen. Die Repressionen beschränkten sich jedoch nicht auf die Wolgaregion. Auch Deutsche aus anderen Teilen des europäischen Gebietes der Sowjetunion waren von Deportationen betroffen.

Bis zum 25. Dezember 1941 wurden nach historischen Angaben 894.626 Deutsche aus dem europäischen Teil der Sowjetunion sowie aus Georgien, Armenien und Aserbaidschan deportiert. Fast 900.000 Menschen mussten ihre Heimat verlassen.

Oft blieb den Familien nur wenig Zeit, das Notwendigste zusammenzupacken. Häuser, Höfe, Tiere und ein großer Teil des persönlichen Eigentums mussten zurückgelassen werden. Familien wurden aus vertrauten Orten herausgerissen, in denen ihre Vorfahren zum Teil seit Generationen gelebt hatten.

In Güter- und Viehwaggons wurden die Menschen Tausende Kilometer weit nach Osten gebracht – vor allem nach Sibirien und Kasachstan sowie in andere entlegene Regionen der Sowjetunion. Die Transporte dauerten teilweise Wochen. Enge, mangelnde Hygiene, unzureichende Ernährung und Krankheiten machten die Fahrt zu einer schweren körperlichen und seelischen Belastung. Nicht alle erreichten ihre Verbannungsorte lebend.

Doch auch für diejenigen, die die Transporte überstanden hatten, begann eine Zeit schwerster Entbehrungen. Viele Deportierte kamen in kaum erschlossene oder nur dünn besiedelte Gebiete. Es fehlte an ausreichendem Wohnraum, Lebensmitteln und medizinischer Versorgung. Unter schwierigsten Bedingungen mussten Unterkünfte geschaffen und die ersten harten Winter überstanden werden. Das Leben in den sogenannten Sondersiedlungen war von Hunger, Kälte, Krankheit und strenger staatlicher Kontrolle geprägt.

Die Trudarmee – Zwangsarbeit unter unmenschlichen Bedingungen

Als wären Deportation, Heimatverlust und Entrechtung nicht genug gewesen, folgte für Hunderttausende ein weiteres Kapitel der Verfolgung. Ab 1941/42 wurden deutsche Männer und später auch Frauen massenhaft zur sogenannten Arbeitsarmee – Trudarmija – herangezogen.

Nach Angaben der Bundeszentrale für politische Bildung mussten rund 350.000 Deutsche in diesen Arbeitskolonnen Zwangsarbeit leisten. Sie wurden unter anderem im Bergbau, in der Forstwirtschaft und beim Aufbau von Industrieanlagen eingesetzt.

Die Bedingungen waren vielerorts mit denen eines Lagers vergleichbar: schwere körperliche Arbeit, mangelhafte Ernährung, extreme Kälte, Krankheiten und eine hohe Sterblichkeit bestimmten den Alltag.

Das genaue Ausmaß der Opfer lässt sich bis heute nicht vollständig beziffern. Nach Berechnungen des Historikers Viktor Krieger forderten Deportation und Arbeitseinsatz gut 150.000 Todesopfer.

Hinter dieser kaum vorstellbaren Zahl stehen einzelne Menschen: Väter und Mütter, Söhne und Töchter, Großeltern und Geschwister. Hinter jedem Opfer steht eine Familie, deren Geschichte durch die Ereignisse von 1941 für immer verändert wurde.

Das Kriegsende brachte noch keine Freiheit

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges endete die Entrechtung der Deutschen in der Sowjetunion keineswegs. Die Deportierten durften nicht einfach in ihre früheren Heimatorte zurückkehren. Sie blieben unter dem Regime der sogenannten Sondersiedlungen und standen unter der Aufsicht der Kommandanturen. Erst 1955 wurden diese besonderen Aufenthaltsbeschränkungen aufgehoben.

Doch auch danach erhielten die Wolgadeutschen ihre 1941 aufgelöste autonome Republik nicht zurück. Erst 1964 wurden die pauschalen Anschuldigungen, die 1941 zur Rechtfertigung der Deportation gedient hatten, offiziell als unbegründet zurückgenommen.

Die Folgen der Verfolgung reichten weit über diese Jahre hinaus. Deutsche Siedlungsstrukturen waren zerstört, Familien auseinandergerissen und kulturelle Zentren verschwunden. Der Verlust der Heimat sowie die jahrzehntelange Unterdrückung deutscher Sprache, Kultur und religiöser Traditionen prägten mehrere Generationen.

Diese Geschichte gehört auch zum Hintergrund der späteren Aussiedlung Hunderttausender Deutscher aus der ehemaligen Sowjetunion in die Bundesrepublik Deutschland – insbesondere seit den späten 1980er- und in den 1990er-Jahren.

Erinnerung braucht Orte

Gerade deshalb besitzt der Gedenkstein im Regensburger Stadtpark eine besondere Bedeutung. Er gibt einer Geschichte einen sichtbaren Ort, die in vielen Familien über Generationen weitergegeben wurde, außerhalb dieser Familien jedoch noch immer viel zu wenig bekannt ist.

Für die Nachkommen der Betroffenen bedeutet Erinnerung dabei mehr als die Beschäftigung mit historischen Zahlen und Erlassen. Es geht um die Geschichten der eigenen Eltern, Großeltern und Urgroßeltern – um verlorene Heimatorte, auseinandergerissene Familien und um Menschen, die trotz Verfolgung, Hunger und Zwangsarbeit versuchten, ihre Familien, ihre Kultur und ihre Würde zu bewahren.

Die Gedenkveranstaltung zum 85. Jahrestag im Regensburger Stadtpark machte deutlich, wie wichtig es ist, diese Erfahrungen an die nächsten Generationen weiterzugeben. Denn mit dem zeitlichen Abstand werden die Stimmen derjenigen, die Deportation, Sondersiedlung und Trudarmee selbst erlebt haben, immer weniger. Umso wichtiger werden Orte wie das Regensburger Mahnmal.

Still steht der Gedenkstein zwischen den Bäumen des Stadtparks. Doch die Geschichte, von der er erzählt, darf nicht verstummen.

Die Erinnerung an die Opfer der Deportation und der stalinistischen Repressionen zu bewahren, bedeutet nicht nur, in die Vergangenheit zu schauen. Es bedeutet auch, dafür zu sorgen, dass ihr Schicksal einen festen Platz in unserem gemeinsamen historischen Gedächtnis erhält.